

© Nele

Warum die Justiz keine Gerechtigkeit bringt

**Gleichheit vor dem
Gesetz: eine Frage
des Geldes** ☆

**Willkür in
deutschen
Gefängnissen** ☆

**Prozessbegleitung
als solidarische
Praxis**

**Keine Gerechtigkeit,
keine Sicherheit**

S.6

**Bayer vernichtet
Wohnungen - auf
Vorrat!**

S.10

**Frauen im Wider-
stand gegen den
Nationalsozialismus**

S.12

**„Sisterhood, das sind
wir!“**

S.13

Inhalt Ausgabe #16

EDITORIAL

3 Briefe aus dem Gefängnis

TITELTHEMEN

4 Gleichheit vor dem Gesetz: eine Frage des Geldes

Warum die Justiz nicht für Gerechtigkeit sorgt

6 Keine Gerechtigkeit, keine Sicherheit

Wie Unterstützung im Kiez bei häuslicher Gewalt organisieren?

THEMEN

8 Ungleich verteilte Chancen und Willkür in deutschen Gefängnissen

Ein Gespräch mit einer Angehörigen einer aktuell inhaftierten Beschuldigten des Budapest-Komplexes.

10 Bayer vernichtet Wohnungen – auf Vorrat!

In der Tegeler- und Fennstraße sind etwa 140 Wohnungen vom Abriss bedroht.

11 Ungleich vor dem Gesetz

Prozessbegleitung als solidarische Praxis

GESCHICHTE

12 Frauen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus

ein Kiezspaziergang durch den Wedding

KULTUR

13 „Sisterhood, das sind wir!“

Der Dokumentarfilm „SISTERQUEENS“ begleitet drei junge Rapperinnen aus dem Badstraßenkiez.

KOLUMNE

14 Läden in der Nachbarschaft

Soldiner Eck - Rund um die Uhr Bier und Gemeinschaft im Soldiner Kiez

PLUMP UND PFIFFIG

15 Kreuzworträtsel

Auftakt

Die Plumpe ist aus der Einsicht entstanden, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse sich dort am deutlichsten zeigen, wo wir wohnen und leben: Steigende Mieten, Verdrängung, Alltagsrassismus, Druck und Drangsalierungen durch z.B. das Jobcenter, staatliche Überwachung und rechte Hetze gehören auch im Wedding und Gesundbrunnen zum Alltag. Um gegen diese Zustände anzugehen, um sich gemeinsam zu wehren oder sich zu unterstützen, tun sich im Kiez auch immer wieder Menschen zusammen. Wir wollen über die sozialen Kämpfe in unseren Kiezen berichten und euch Nachbar*innen darüber informieren, was nebenan passiert. Wir sind keine Mitglieder irgendwelcher Parteien, noch sitzen wir in Gremien der Bezirke oder des Berliner Senats. Trotzdem ergreifen wir Partei. Die Texte, die wir veröffentlichen sind vielfältig – genau wie unser Kiez.

Bei euch im Haus, Block oder Kiez tut sich was? Habt ihr euch mit Freund*innen, Nachbar*innen, oder Kolleg*innen zusammengetan und wollt, dass wir darüber berichten? Dann schreibt uns!

Warum Plumpe?

«Plumpe» – ein schönes Wort, wie wir finden. Umgangssprachlich wurde früher der Gesundbrunnen, aber auch das alte Hertha-Stadion so genannt. Im alten Berlin meinte es die «Wasserpumpe». Als Teil unserer Berichterstattung über Wedding und Gesundbrunnen wollen wir das Wort Plumpe wieder aufnehmen.

Kontakt

plumpe@systemli.org
Blog: plumpe.noblogs.org

Vi.S.D.P.: Elise Hampel, Amsterdamer Str. 10, 13347 Wedding

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. «Zur-Habe-Nahme» ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht persönlich ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Briefe aus dem Gefängnis

Von: Plumpe Redaktion

Die bekanntesten Briefe aus dem Gefängnis sind wohl die von Rosa Luxemburg. Auch viele andere politisch aktive Personen, die Zeit im Knast verbringen mussten, haben dort Briefe oder andere Schriften verfasst. Aber nicht nur berühmte Personen melden sich aus dem Gefängnis per Schriftverkehr zu Wort. Besuche sind Personen, die inhaftiert sind, nur sehr begrenzt erlaubt. Deshalb sind Briefe ein wichtiges Mittel, um mit der Welt „draußen“ in Kontakt zu kommen und zu bleiben. Das gilt für bekannte Leute ebenso wie für unbekanntere.

Die Plumpe hat auch Post aus dem Gefängnis bekommen – und Bilder. Eines zielt das Cover dieser Plumpe, zwei weitere findet ihr auf den nächsten Seiten. Herzlichen Dank, Nele! Deine Nachricht hat uns als Redaktion dazu veranlasst, eine Ausgabe zum Thema Justiz zu machen. Denn man sollte sich ja auch mal fragen, wie die Leute überhaupt ins Gefängnis kommen. Und da lautet die Antwort: über die Justiz.

Gedanken dazu, was Justiz mit Klassenverhältnissen zu tun hat, findet ihr im ersten Artikel. Was es bedeutet, wenn eine frauenfeindliche Justiz über frauenfeindliche Taten urteilt - und welche anderen Wege es gäbe, um mit Straftaten im Kiez umzugehen, findet ihr im Anschluss. Das Interview mit der Schwester einer politischen Gefangenen aus den Budapest-Prozessen schenkt uns einen kleinen Einblick, wie es ist, eingesperrt zu werden und wie der Knast Ungleichheiten verschärft. Die Gruppe „Courtwatching Berlin“ zeigt uns am Beispiel des Berliner Schnellgerichts wie die Klassenjustiz im 10-Minuten-Takt arme Menschen wegen Kleinigkeiten bestraft.

Im Bericht zu den Kündigungen der Mieter*innen in der Tegeler Straße durch die Firma Bayer wird deutlich, wie unsere Rechtswege die Interessen von Konzernen über die von Einzelpersonen stellen. Am Schluss findet ihr in unserem Geschichtsteil einen kleinen Stadtpaziergang zu Weddinger Frauen und Orten des Widerstands gegen den Nationalsozialismus, den ihr nachspazieren könnt. Kulturell empfehlen wir euch, die Doku „Sisterqueens“ zu schauen, die von jungen Weddinger Rapperinnen handelt, und mal im „Soldiner Eck“ vorbeizugehen, einer urigen Berliner Eckkneipe.

Die Redaktion der Plumpe ist Teil des Stadtteilkomitees Wedding. Die Plumpe schreiben wir aus dem Wedding für den Wedding! Es geht dabei um Probleme und Missstände, Angebote und gemeinsame Projekte der Nachbarschaft. Denn wenn wir wissen, was in unseren Vierteln los ist, können wir uns vernetzen und so solidarisch miteinander unseren Kiez gestalten. Ihr habt Themen, über die ihr einen Artikel schreiben und eure Nachbar*innen informieren wollt? Kommt in der Roten Ella, Buttmanstraße 1A, vorbei oder schreibt uns eine E-Mail an plumpe@systemli.org!

SPENDE für die PLUMPE

Die Plumpe ist und bleibt eine kostenlose Weddinger Kiezzeitung. Du kannst die Arbeit hinter der Plumpe mit einer Spende unterstützen.

Überweisung an
Kollektiv e.V
DE68 4306 0967 1096 6167 01
GENODEM1GLS
"Spende Plumpe"

Oder über Paypal



Gleichheit vor dem Gesetz: eine Frage des Geldes

Warum die Justiz nicht für Gerechtigkeit sorgt!

Von: Mila Padruca

Es gibt eine Veränderung in unserer Nachbarschaft. Wer seit dem 7. August einen Spaziergang durch den Park am Brunnenplatz unternommen hat, dem ist es wahrscheinlich aufgefallen. Der Haupteingang des Amtsgericht Wedding ist voller roter Farbe. Das sollte wohl bei Mitarbeiter*innen einen Schock ausgelöst haben – immerhin ist das Gebäude ein Prachtbau von Anfang des 20. Jahrhunderts und sticht durch seine aufwändige Fassade im Wedding heraus. Dafür löst die neue Verzierung wahrscheinlich bei Vielen ein schadenfrohes Lächeln aus, die frustriert aus einem Mahnverfahren, Zivilprozess oder einer unvorteilhaften Zwangspfändung herauskommen.

Doch woher dieser neue Anstrich kommt, dazu später mehr. Ein Blick in die Vergangenheit zeigt: Das ist nicht das erste Mal, dass jemand versucht, den „roten Wedding“ mittels Farbanstrich Realität werden zu lassen. Und auch das Amtsgericht trifft es nicht zum ersten Mal.

Es ist Frühling 2013. Ein aktives Mitglied aus dem Bündnis gegen Zwangsäumung, Rosemarie Fließ, soll im Februar selbst zwangsräumt werden. Die Rentnerin unterstützen am Stichtag 200 Leute an der Arosier Allee in Reinickendorf, sodass ihre Räumung aufgeschoben werden kann. Doch das Amtsgericht Wedding setzt ein neues Räumungsdatum fest, diesmal am 9. April 2013. Und das, obwohl ein ärztliches Gutachten eine Räumung als unzumutbar beschreibt. Und dieses Mal gibt es kein Verhindern. Rosemarie zieht nach der Räumung in eine Kältehilfe-Notunterkunft im Wedding um. Zwei Tage später stirbt sie. Auf ihrer Beerdigung halten ihre Genoss*innen bewegende Reden über die Ungerechtigkeit und ihre Erinnerungen an Rosemarie von gemeinsamen Demonstrationen.

Wenige Wochen später wird der Eingang des Weddingers Amtsgerichts mit roter Farbe angeschmiert und Fenster gehen zu Bruch. Es gibt ein Bekennerschreiben auf der linken Plattform indymedia.org, auf der anonyme Beiträge veröffentlicht werden können. Die Plattform selbst ist seit Jahren Ziel von Kriminalisierungsbemühungen deutscher Behörden. Im Beitrag heißt es:

„Das Amtsgericht Wedding ist in hohem Maße mitverantwortlich für den Tod von Rosemarie F., die am 09.04.2013 zwangsräumt wurde und zwei Tage später in den Räumen der Kälte-Nothilfe verstarb. [...] Der Tod von Rosemarie F. ist die traurige doch logische Konsequenz einer Wohnungspolitik, die die Verwertbarkeit von Wohnraum über die Interessen der Mieter_innen stellt. Jedoch gibt es Anzeichen, dass nicht mehr alle Menschen in Berlin sich den Plänen von Senat, Investor_innen und Vermieter_innen unterwerfen.“

Und weitere Farbbomben flogen im Wedding: Auch das ikonische Graffiti der Boateng-Brüder an der Pankstraße/Ecke Badstraße traf es im letzten Jahr. Die rote Farbe kommentierte das Bild, nachdem bekannt wurde, dass Jérôme Boateng verschiedene Ex-Freundinnen geschlagen hatte. Seine Ex-Partnerin Kasia Lehnhardt nahm sich das Leben. Und im Jahr 2016 fiel das Wohnhaus der SPD-Politiker Peer Steinbrück und Eva Högl in der Torfstraße durch rote Farbe auf, die dort wohl als Kritik an der tödlichen Asylpolitik platziert wurde.

Die „Farbbombe“ ist kein sonderlich effektives Mittel, um im Gerichtssaal zu gewinnen, und dennoch scheint es beliebt zu sein, um Unrecht zu markieren. Bei dem Wort Justiz, denken viele von uns wahrscheinlich an Sätze wie die „Gleichheit vor dem Gesetz“ oder auch an die Unschuldsvermutung. Doch wer schon mal vor Gericht stand, wird es vermutlich besser wissen. Denn obwohl vor dem Gesetz alle Menschen gleichbehandelt werden sollten,

ist das in der Realität anders. Faktisch stehen viele eher mittellos und ohnmächtig vor den heiligen Hallen der Gerichte. Die Farbbomben weisen symbolisch auf drei Probleme hin:

1. Klassengesellschaft: Es ist absurd, Menschen bei großer sozialer Ungleichheit gleiche Strafmaße und Geldstrafen aufzuerlegen. Wenn Menschen unterschiedlich viel Geld haben, um ihre Strafen zu begleichen, so treffen Geldstrafen Arme härter. Reiche können sich zudem eine Rechtsschutzversicherung leisten, durch Zahlungen von Kautionen einer Haft entgehen und auf diese Weise sozialen Stigmatisierungen leichter entfliehen. Sie können sogar selbst Anwälte bezahlen und so ihre Rechte einklagen. Wann hast du das letzte Mal daran gedacht, dir ein Recht einfach einzuklagen? Durchschnittlichen Arbeiter*innen bleibt diese Möglichkeit oft verbaut. Jährlich landen sogar tausende Menschen im Gefängnis, weil sie sich ihr Ticket für den öffentlichen Nahverkehr nicht leisten konnten. Wie können wir von Gleichbehandlung sprechen, wenn Menschen so unterschiedliche Bedingungen haben?

2. Klassengesetzgebung: Auch wenn dieses Märchen gerne erzählt und geglaubt wird: Gesetzgebung ist keinesfalls eine neutrale Angelegenheit. Immerhin werden Gesetze durch die aktuellen Regierungsparteien geschrieben. Die kapitalistische Staatsform wird nicht zuletzt durch Gesetze realisiert. Beispielsweise hat der Europäische Gerichtshof gesetzlich die Aufgabe, den europäischen Binnenmarkt zu erhalten, der Wirtschaftswachstum und Wettbewerb zwischen Unternehmen garantieren soll. Und in unserer Verfassung tragen Schuldenbremse, Erbrecht und Privateigentum zur sozialen Ordnung bei. Selbst wenn ein Richter auf dieser Grundlage urteilt, sind die Gesetze aktuell vor allem zum Vorteil der herrschenden Klasse geschrieben. Das „Recht auf Eigentum“ im Grundgesetz bevorzugt beispielsweise Menschen im Besitz von Grundstücken, indem es ihnen die Freiheit gibt, hohe Mieten zu nehmen oder Wohnraum zu kommerziellem Raum zu machen. Das benachteiligt Menschen auf der Suche nach Wohnraum und verstärkt so Ungleichheit.

3. Klassenjustiz: Und auch die Gerichte selbst sind oft nicht neutral. Der Begriff „Klassenjustiz“ beschreibt eine politische Justiz, in der auch Richter*innen Teil der herrschenden Klasse sind und deshalb ärmere oder linke Kräfte der Gesellschaft oft härter beurteilen als wohlhabende, rechte oder konservative Kräfte. Durch ihre Klassenzugehörigkeit lassen sie auch ihre Klasseninteressen mit in ihre Auslegung der Gesetze einfließen.

Und die brennende Frage: Was steckt nun hinter dem Angriff auf das Amtsgericht Wedding von diesem August? Wir finden dieses Mal ebenfalls ein anonymes Bekennerschreiben auf der Plattform Indymedia.org. Im Beitrag vom 7. August mit dem Titel „Amtsgericht Wedding mit Farbe markiert – Free Maja!“ heißt es:

„An Maja, [...] Du forderst Verantwortungsübernahme des Staates, humanitäre, schmerz- und qualfreie Haftbedingungen für alle zu schaffen, unabhängige, rechtsstaatliche Verfahren, die nicht vorverurteilen, zu führen und die Unversehrtheit des gefangenen Menschen zu gewährleisten, seine Würde zu achten, statt ihn zu verachten und zu bestrafen. Wenn das nicht eintritt, sagst du, bist du entschlossen den Hungerstreik wieder aufzunehmen. [...] Wir haben in der Nacht vom 6. August das pompöse Portal des Amtsgerichts Wedding mit einem Farblöcher markiert. Im Kampf für die Antifaschist*innen Maja und Nanuk! für alle, die für queere Rechte, für ihre Freiheit und Unversehrtheit kämpfen! für all jene, die auf der Straße gefangen genommen und von deutschen Bullen angegriffen werden, weil sie Freiheit, Land und Selbstbestimmung für alle Palästinenser*innen fordern! Until all are free!“

» Ich habe nichts gegen Klassenjustiz; mir gefällt nur die Klasse nicht, die sie macht. Und daß sie noch so tut, als sei das Zeug Gerechtigkeit – das ist hart. Und bekämpfenswert. «

Kurt Tucholsky
(1890 - 1935)

Mit „Maja“ ist Maja T. gemeint, eine Person, die vor einem Jahr von deutschen Behörden nach Ungarn ausgeliefert wurde. Maja wird vorgeworfen im Februar 2023 an Angriffen auf Nazis in Budapest beteiligt gewesen zu sein. Seitdem kämpft Maja Seite an Seite mit vielen solidarischen Personen gegen die schlechten Haftbedingungen der Isolationshaft in Ungarn. Für Maja als queere Person ist die Situation in Ungarn besonders gefährlich, weshalb sogar das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe die Auslieferung kritisierte. Die ungarischen Behörden suchten zwar mit europäischem Haftbefehl, aber eigentlich ordnete das Verfassungsgericht einen Auslieferungsstopp an. Leider zu spät. Bis heute ist Maja in Isolationshaft.

Für die Auslieferung Majas war das Berliner Kammergericht mit Sitz in Schöneberg verantwortlich. Das Weddingers Amtsgericht hat eigentlich mit Zivilverfahren aus Wedding, Gesundbrunnen und Reinickendorf zu tun. Es übernimmt aber auch bundesweite Aufgaben als Europäisches Mahngericht. Es ist also vorstellbar, dass sich deshalb die Wut der Farbaktivisten im Fall Maja gegen genau dieses Gericht richtete.

Wer demnächst am Amtsgericht vorbeiläuft, weiß die rote Farbe an der Fassade nun einzuordnen. Im Übrigen sei zur Fassade angemerkt, dass der Adler, der zentral über dem Kopf der Justizstatue prankt, ein Überbleibsel aus Nazi-Zeit ist. Ursprünglich trug er ein Hakenkreuz, das mittlerweile entfernt wurde. ☆



Farbflecken an der Fassade des Amtsgericht Wedding

Keine Gerechtigkeit, keine Sicherheit

Wie Unterstützung im Kiez bei häuslicher Gewalt organisieren?

Von: Stadtkomitee Wedding

2 65.942 Menschen im Jahr 2024. So hoch ist die Zahl der Opfer von häuslicher Gewalt in Deutschland laut Bundeskriminalamt. Und die Zahlen steigen seit Jahren stetig an. Zusätzlich ist von einer Dunkelziffer auszugehen, denn nicht alle Fälle werden polizeilich erfasst. 73 % der Betroffenen sind Frauen. Die Täter sind meist Partner oder Expartner.

Die brutalste Form ist der Mord. Das Töten einer Frau, weil sie eine Frau ist, wird auch Femizid genannt. 2023 verübten Männer in Deutschland fast jeden Tag einen Femizid. Dieses Jahr wurden in Deutschland bereits 53 Frauen von ihrem (Ex-)Partner ermordet. Im Wedding verübte erst an Weihnachten 2024 ein 41-jähriger Mann einen versuchten Femizid an seiner 69-jährigen Mutter. Die Problemlage ist also eindeutig: Patriarchale Gewalt ist in Deutschland alltäglich und nimmt sogar noch zu.

Wenn die Polizei bei häuslicher Gewalt gerufen wird

In akuten Gewaltsituationen ist die Polizei meist die einzige Institution, die gerufen werden kann, um die Gewalt zu unterbrechen. Dies gelingt ihr teilweise. In anderen Fällen kommt es aber auch dazu, dass die Polizei weitere Gewalt ausübt. Teilweise sehen Beamte die Betroffenen selbst als Aggressorinnen und verhaften sie. Bei Betroffenen, die einen unsicheren Aufenthaltsstatus haben oder in illegale Aktivitäten verwickelt sind, kann der Kontakt mit der Polizei weitere rechtliche Konsequenzen und Gefahren bedeuten.

In den meisten Fällen rufen Nachbar*innen oder andere Menschen aus dem Umfeld der Betroffenen die Polizei. Wenn Betroffene die Polizei selbst rufen, dann erhoffen sie sich dadurch häufig ein Ende der Gewalt. Sie wollen endlich ihre Ruhe. Strafverfolgung ist oft nicht ihr Anliegen. Die Polizei ist jedoch dazu verpflichtet alle Straftaten,

»Der Ausschluss eines Gewalttäters ändert nichts an den Wurzeln der Gewalt«

die sie mitbekommt, zur Anzeige zu bringen. Hier gehen die Bedürfnisse der Betroffenen und die Logik der Polizei stark auseinander.

Selbst wenn die Polizei Straftaten von häuslicher Gewalt aufnimmt und ein Gericht diese verhandelt, ist Gerechtigkeit und Sicherheit für Betroffene nicht immer gewährleistet. Ein erschreckendes Beispiel ist der Femizid an Norhan A. in Zehlendorf. Norhan verließ 2020 ihren Ehemann, der daraufhin gewalttätig wurde. Aufgrund von Körperverletzung, Bedrohung und Verstößen gegen Annäherungsverbote verurteilte ein Gericht ihn drei Mal zu Geldstrafen. Er bedrohte sie jedoch weiterhin, weshalb Norhan mit ihren vier Kindern in eine Schutzwohnung zog. Trotz der offensichtlichen Gefahr, die von Norhans Exmann ausging, durfte er sein Umgangsrecht mit den Kindern behalten und hat wahrscheinlich dadurch die Adresse der Schutzwohnung erfahren. Er stand immer wieder vor ihrer Haustür, weshalb sie ihn dreimal anzeigte. Norhans Antrag auf einen Platz in einem Hochsicherheitsprogramm wurde abgelehnt. Am 28. August 2024 erstach der Ex-Mann Norhan dann auf offener Straße. Im Fall von Norhan ignorierten die Behörden sehr klare Warnzeichen und auch die Wegweisungen, Annäherungsverbote und Geldstrafen konnten keine Sicherheit herstellen.

Im Zweifel für den Angeklagten

Dass der Ex-Mann und Mörder von Norhan das Umgangsrecht mit seinen Kindern behalten durfte, ist keine Seltenheit. Die Vorstellung, dass Kinder den Kontakt zu beiden Eltern brauchen, ist in der Rechtsprechung so stark verankert, dass Hinweise auf Gewalt oft ignoriert oder als „Konflikte auf Paarebene“ verharmlost werden. Dabei ist Gewalt gegen die Mutter auch Gewalt gegen die Kinder. Zudem nutzen Väter, die Gewalt ausgeübt haben, Umgangs- und Sorgerechtsverfahren oft als Machtinstrument, um die Mutter weiterhin zu kontrollieren.

So sind Frauen oft gezwungen, über lange Zeiträume Kontakt zum Täter zu halten, sei es bei Übergaben des Kindes oder Gerichtsterminen. Frauen, die ihre Kinder vor dem Vater schützen wollen, wird oft vorgeworfen, die Kinder vom Vater zu entfremden. In Gerichten und Jugendämtern wird vom elterlichen Entfremdungssyndrom gesprochen. Dieses Krankheitsbild kommt ursprünglich aus der amerikanischen Psychologie und wird mittlerweile in der Wissenschaft stark angezweifelt. Die Mütter seien bindungsblockierend oder bindungsintolerant. Im schlimmsten Fall kommt es sogar dazu, dass Familiengerichte der Mutter die Kinder entziehen.

Auch der Fall des Täters Jérôme Boateng, der wegen Körperverletzung an seiner Ex-Freundin und Mutter seiner Zwillinge verurteilt wurde, zeigt: Das höchste der Gefühle ist eine Geldstrafe von 100.000 €, ein Betrag, der einem Millionär nicht wehtut. Die Sicherheit und Gerechtigkeit für die Geschädigten sind zweitrangig.

Die Bundesregierung reagierte im Februar diesen Jahres mit dem Gewalthilfegesetz. Es gibt gewaltbetroffenen Frauen und Kindern ein Recht auf Schutz und Beratung. Allerdings tritt der Rechtsanspruch erst ab dem 1. Januar 2032 in Kraft. Sieben Jahre wird also weiterhin Schutz

fehlen. Dass Gerichte und Behörden oft nicht für Sicherheit der Betroffenen und Gerechtigkeit sorgen und teilweise sogar dafür sorgen, dass die Gewalt andauert, geht dieses Gesetz aber überhaupt nicht an. Aber was sollte getan werden?

Solidarität und Unterstützung im Kiez

Oft werden Forderungen nach härterer Strafverfolgung laut. Häusliche Gewalt ist aber ein strukturelles Problem. Es reicht nicht, nur ein paar "faule Äpfel" auszusortieren und einzusperren. Oder eine noch bessere Überwachung mit Fußfesseln anzuwenden und dann ist das Problem gelöst. Der Ausschluss eines Gewalttäters ändert nichts an den Wurzeln der Gewalt.

Es gibt Versuche, genau dort anzusetzen. Schwarze Feminist*innen in den USA entwickelten Konzepte von transformativer Gerechtigkeit und kollektiver Verantwortungsübernahme. Ziel ist es, dass Betroffene sicher sind und Täter und das Umfeld Verantwortung für die

Gewalt übernehmen. Anstatt auf Bestrafung und Inhaftierung zu setzen, sollen Kreisläufe von Gewalt durchbrochen werden. Häusliche Gewalt ist dann kein individuelles Problem mehr, sondern wird kollektiv bearbeitet. In der Theorie klingt das sehr überzeugend. Aber wie sieht das in der Praxis konkret aus? Wenn Gewalt in (Ex-)Partnerschaften auftritt, dann werden Begleitgruppen um die betroffene Person und den Täter gebildet. In dem Kreis um die Betroffene geht es darum, die Person bei ihrer Heilung zu unterstützen. Die andere Gruppe beschäftigt sich damit, wie es zu der Gewalt kommen konnte, was die Folgen sind und wie ein Umgang aussehen kann. Solche Prozesse können nicht einfach so durchgeführt werden und scheitern oft an vielen Hürden. Eine zentrale Voraussetzung für den Erfolg solcher Prozesse ist, dass es überhaupt erstmal eine Gemeinschaft gibt, die sich als solche versteht, sich umeinander sorgt und ein geteiltes Bewusstsein darüber hat, dass patriarchale Gewalt existiert und beendet werden muss. Hier können wir im Kleinen in unserer Nachbarschaft anfangen, indem wir auf häusliche Gewalt und ihren Ursprung im Patriarchat aufmerksam machen und Beziehungen aufbauen, die auf Sicherheit, Respekt und Selbstbestimmung basieren. Der erste Schritt ist, seine Nachbar*innen kennenzulernen und Vertrauen aufzubauen. In Stadtteilläden wie der Roten Ella kannst du Verbündete finden und dich gemeinsam gegen Partnerschaftsgewalt organisieren. ☆



Am 12.09. wurde im Volkspark Humboldthain eine verbrannte Frauenleiche gefunden. Noch ist ein Fremdverschulden nicht von der Obduktion bestätigt, aber von einem Femizid ist auszugehen. Am 28.09. gab es eine Gedenk-Kundgebung am Gesundbrunnen gegen alle Femizide

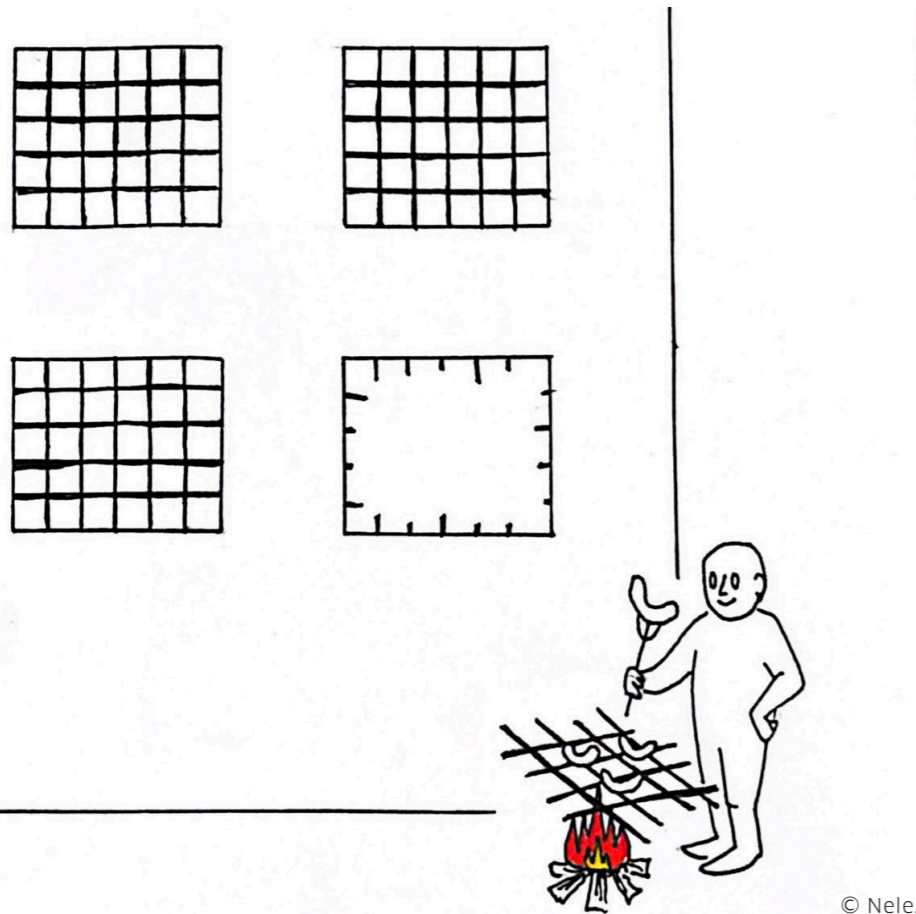
Was kann ich tun, wenn ich selbst Gewalt erfahre oder in meinem Umfeld mitbekomme?

Wenn du selbst Gewalt durch deinen (Ex-)Partner erfährst, kannst du dich immer an die Hotline von der Berliner Initiative gegen Gewalt (BIG) wenden. Die Telefonnummer ist 030 611 03 00 (rund um die Uhr zu erreichen). Die BIG berät auch Angehörige oder Unterstützer*innen. Wenn du mitbekommst, dass eine Nachbarin Gewalt erfährt, kannst du die Situation unterbrechen, indem du an der Tür klingelst und nach Mehl o.ä. fragst. Tu dies aber nur, wenn du dich sicher fühlst.

Ungleich verteilte Chancen und Willkür in deutschen Gefängnissen.

Ein Gespräch mit einer Angehörigen einer aktuell inhaftierten Beschuldigten des Budapest-Komplexes.

Von: Julie aus dem Stadtteilkomitee Wedding im Gespräch mit der Schwester der aktuell inhaftierten Nele.



© Nele.

Angesichts einer zunehmend repressiv auftretenden Staatsgewalt haben wir mit einer Person gesprochen, deren Familie diese direkt am eigenen Leib erleben musste. Ihre Schwester zählt zu den Angeklagten im sogenannten „Budapest-Komplex“ – einem Verfahren gegen mutmaßliche Antifaschist*innen, die mit drakonischen Haftstrafen bedroht sind. Durch regelmäßige Besuche im Gefängnis und den engen Austausch mit einzelnen Angeklagten hat sie Einblicke in ein Justizsystem gewonnen, die weit über die übliche Berichterstattung hinausgehen. Unser Gespräch macht deutlich, wie die Menschenwürde von Menschen in Haft mit Füßen getreten wird und wie sich Inhaftierte versuchen, dagegen zu wehren.

Wie kommst du dazu, dich mit den Bedingungen in Haft zu beschäftigen?

Ich bin die Schwester einer der Beschuldigten im sogenannten Budapest-Komplex. Rund um den sogenannten „Tag der Ehre“ (Das ist ein jährlicher Neonaziaufmarsch in Budapest – eine Gedenkveranstaltung zur gescheiterten Aktion der Waffen-SS und ihrer ungarischen Kollaborateure 1945, an der tausende Rechtsextreme aus Europa teilnehmen) kam es 2023 laut ungarischen Behörden zu mehreren gezielten Angriffen von mutmaßlichen

Antifaschist*innen auf Neonazis. Die Ermittlungen richteten sich gegen insgesamt 13 Personen aus Deutschland, sowie zwei aus Italien; ihnen wird u.a. gefährliche oder lebensgefährliche Körperverletzung als Mitglied einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen. Einige der Beschuldigten galten für über 2 Jahre als untergetaucht, 8 Personen haben sich Anfang des Jahres den Behörden gestellt (darunter auch meine Schwester) und sitzen seitdem in unterschiedlichen Justizvollzugsanstalten (JVAs) in Untersuchungshaft. Eine der Personen, die non-binäre Maja, wurde rechtswidrig nach Ungarn ausgeliefert. Ein weiterer Beschuldigter ist Zaid, der zwar aus der Haft entlassen wurde, dem aber weiterhin eine Auslieferung nach Ungarn droht, da er nur einen syrischen Pass besitzt und kein deutscher Staatsbürger ist.

Seitdem meine Schwester in Haft sitzt, besuche ich sie (und auch andere) regelmäßig und halte Briefkontakt. Ich bin vorher nie mit dieser Welt in Berührung gekommen, kannte Gefängnisse nur aus Büchern oder Filmen. Die ersten Tage und Wochen waren ein großer Schock, aber der Mensch passt sich schnell an. Meine Schwester kann sehr eindrücklich und oft auch sehr witzig über den Alltag in Haft berichten. Auch an so einem Ort, der mit unglaublich vielen Einschränkungen verbunden ist, behält sie ihre aufrichtige Neugier auf das Leben und sieht gute Momente, wo sie nur kann.

Was hast du durch diese Situation Neues über das Justizsystem gelernt, was dir aus Filmen und Büchern nicht ersichtlich wurde? Kannst du uns einen Einblick geben, wie sich die Situation auf die Betroffenen auswirkt?

Ich kann und möchte ungern für die Betroffenen sprechen, sondern nur meine Sicht aufzeigen. Meine Schwester (und soweit ich das mitbekomme, auch die anderen Beschuldigten), sind zum Glück sehr stabil und versuchen, das Bestmögliche aus ihrer Situation zu machen. Wie schwer oder leicht das ist, hängt ganz stark von der JVA und dem Bundesland ab, in dem die Betroffenen inhaftiert sind. Während ich meine Schwester bei jedem Besuch umarmen kann, so oft ich das möchte und der Umgang der anwesenden Angestellten der JVA und der LKA-Beamten freundlich-respektvoll ist, gibt es andere, die ihre Angehörigen und Freund*innen nur durch eine Trennscheibe sehen dürfen. Wieder andere dürfen sich zwar in einem Raum aufhalten, sich aber nur kurz zur Begrüßung und zum Abschied umarmen. Wir haben vier Stunden Besuch im Monat, einige von uns auch eine regelmäßige Telefonerlaubnis. Bei anderen sind es nur zwei Stunden im Monat. Die einen dürfen eine Ausbildung machen, sich auch mithilfe von Computern weiterbilden und regelmäßig Sport machen. Andere haben dazu keine Möglichkeit. Auch Details im Haftalltag, wie Aufschluss, Hofgang, Therapieangebote, Freizeitangebote, das Bewilligen von Arztterminen oder Medikamenten sind sehr unterschiedlich geregelt. Da geht die Schere sehr weit auf. Und dann sind da natürlich Kleinigkeiten, die in einer JVA Alltag sind und für mich aber unvorstellbar. Wenn man beispielsweise seine Gabel verliert, muss man schriftlich eine Neue beantragen und bis man die hat, kann es Wochen dauern. So ist das zumindest meiner Schwester passiert. Wo ist da der Sinn? Ich finde das absurd. Im Grunde genommen sind JVAs wie beschissene Hotels, die ihre eigenen Regeln machen können – viele Entscheidungen scheinen sehr willkürlich. Menschen, die aufgrund derselben Anschuldigungen in Haft sind, die im selben Alter sind, sollten auch dieselben Bedingungen haben. Dass das so gar nicht die Realität ist, hat mich erschüttert.

Meine Schwester und die anderen Beschuldigten nutzen ihren Hintergrund, ihre sozialen Kontakte nach draußen, ihre Stärke, um anderen Gefangenen zu helfen. Sei es Aufklärung (vielen ist z.B. nicht klar, dass sie wählen dürfen und dafür Wahlscheine

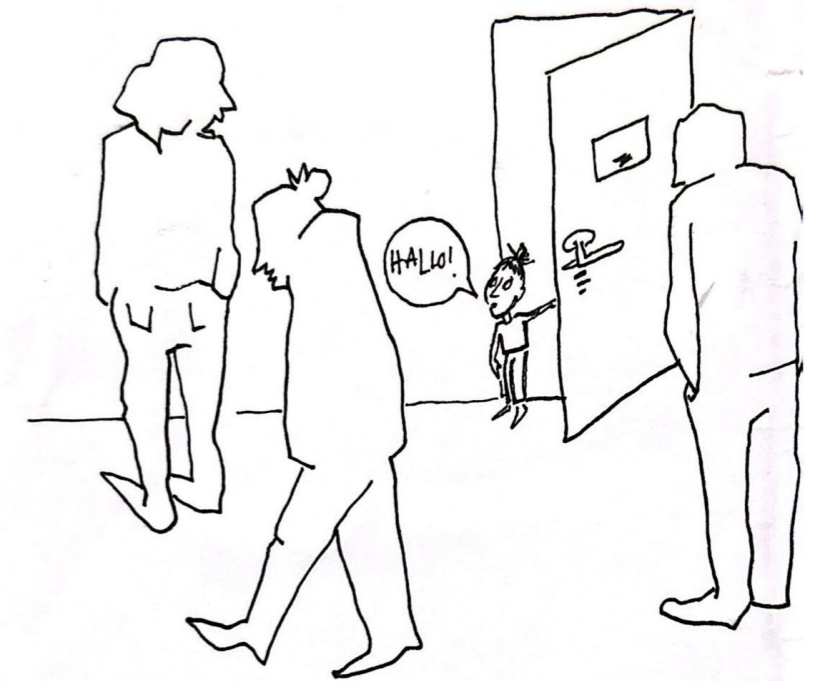
beantragen müssen), Übersetzungshilfe, das Schreiben von Anträgen oder das Erfüllen von Musikwünschen bei Kundgebungen vor der JVA. Laut meiner Schwester ist das Zusammenleben in Haft zwar alles andere als leicht und oft auch konfliktgeladen, die Solidarität unter den Frauen ist aber groß. Das macht Hoffnung.

Was ist dir ein besonderes Anliegen, das du unseren Leser*innen noch mitgeben willst?

Gefängnisse als Orte und die Gefangenen dort sind blinde Flecken in der Gesellschaft. Und das ist auch gewollt. Die meisten JVAs liegen sehr abgelegen, es dringen wenige Informationen nach außen und in den Medien wird nur berichtet, wenn es einen wirklich großen Skandal gibt. Wie der Haftalltag aussieht, was mit Menschen passiert, wenn sie aus der

Haft entlassen werden, was die Justiz unter Resozialisierung versteht, darüber wird zu wenig gesprochen. Ich finde, die Gesellschaft müsste sich sehr viel stärker damit auseinandersetzen. Wo blinde Flecken sind, wird mehr verschleiert, weniger Aufklärung betrieben. Gefängnisse sind das gängigste Strafmittel in Deutschland, trotzdem gab es seit 1977 keine große Reform mehr. Im Gegenteil, seit 2006 liegt die Verantwortung bei den Ländern, die seither ihre eigenen Gesetze und Reformen umsetzen – was wiederum laufend zu den schon oben genannten Problemen bzw. Ungleichheiten führt. ☆

WIE ICH MICH GEFÜHLT HABE, ALS ICH DAS ERSTE MAL AUF MEINE MITGEFANGENEN GETROFFEN BIN: SEHR KLEIN.



Nele (23 J.) ist als Beschuldigte im Budapest-Komplex aktuell in Haft. Nele hat schon immer viel gezeichnet, hatte vor der Verhaftung angefangen Grafikdesign zu studieren und verarbeitet ihre aktuellen Erlebnisse mit kleinen Illustrationen wie diesen

© Nele.

Bayer vernichtet Wohnungen – auf Vorrat!

In der Tegeler- und Fennstraße sind etwa 140 Wohnungen vom Abriss bedroht.

Von: Susanne Torka (Initiative „Wem gehört Moabit?“ und B-Laden Lehrter Straße)

Wie fühlt sich ein Mensch, der seit 40 Jahren in der Wohnung lebt, in der er geboren wurde? Der zehn Jahre alt war, als Mutter und Großmutter mit großer Mühe Wände eingerissen haben, damit ein Badezimmer selbst eingebaut werden konnte? Der Anfang 2025 eine Kündigung bekommt, weil das Haus abgerissen werden soll, um einer Einfahrt in das Werksgelände von Bayer zu weichen? Es geht um die Häuser in der Tegeler Straße / Ecke Fennstraße. Hier wurde schon jahrzehntelang auf Abriss gewirtschaftet, Wohnungen leer stehen gelassen oder an Firmen vermietet, die zum großen Teil für Bayer arbeiten.

Rechtliche Grauzone

Wie ist es möglich, dass Wohnungen für die Vergrößerung einer Firma abgerissen werden? Es gibt doch in Berlin das Zweckentfremdungsverbotsgesetz! Das greift angeblich nicht, denn diese Wohnhäuser liegen in einem sogenannten „beschränkten Arbeitsgebiet“, in dem Wohnungen eigentlich nur für Aufsichts- oder Bereitschaftspersonal zulässig sind. Die Häuser gehören Bayer und schon 2009 wurde ein Bebauungsplan aufgestellt, mit dem das gesamte Bayergelände als Gewerbegebiet ausgewiesen werden soll.

B-Laden

Der B-Laden ist ein selbstorganisierter Nachbarschaftsladen im Lehrter Kiez, der seit 1990 besteht. Zurzeit gibt es Bauarbeiten für eine kleine Nachbarschaftsküche und neue Menschen bringen sich ein. Einzelpersonen und selbstorganisierte Gruppen sind herzlich willkommen, sich beteiligen.

Lehrter Straße 30, 10557 Berlin
Offenes Büro „Nachbarn für Nachbarn“:
Montag + Donnerstag 15-18 Uhr
<https://lehrter-strasse-berlin.net/>

Seit 2021 gibt es Proteste. Die BVV Mitte (Bezirksverordnetenversammlung) hat sich in unzähligen Anträgen mit den Häusern befasst: Sozialplan, Umstrukturierungssatzung und so weiter. Alles ohne wirkliche Erfolge. Die Linke-Fraktion in der BVV hat 2024 ein Rechtsgutachten beauftragt, das dem Bezirksamt widerspricht. Danach handelt es sich bei den Wohnungen zweifelsfrei um schützenswerten Wohnraum im Sinne des Zweckentfremdungsverbotsgesetz.

Doch all diese Bemühungen helfen nicht: Im vergangenen Jahr hat sich der letzte Mieter im Seitenflügel Nr. 2A mit Bayer auf eine Abfindung geeinigt und ist ausgezogen, nachdem er mindestens einen Winter keine Heizung und kein warmes Wasser hatte. Der Seitenflügel Nr. 3A stand schon länger komplett leer. Beide Häuser sind längst abgerissen. Vor kurzem ist auch die letzte Mietpartei aus der Nr. 4 in die Fennstraße umgesetzt worden. Mieter*innen berichten, dass sofort mit der Entkernung begonnen wurde. In den Häusern Tegeler Str. 3 und 5 wohnt jeweils nur noch eine Mietpartei.

Aktuelle Kündigungen

Im Januar 2025 erhielten die Mieter*innen der Tegeler Str. 6/7 knapp 40-seitige Verwertungskündigungen. Ein neuer Plan dient als Begründung: Die Nr. 3-5 soll einer Produktionshalle, Nr. 6 einer Einfahrt ins Firmengelände, Nr. 7 der Werksfeuerwehr weichen. Letztere befindet sich zurzeit auf einem bezirkseigenen Grundstück.

Wieder Proteste und Forderungen der Mieter*innen: Sie fordern vor einem Abriss bezahlbaren Ersatzwohnraum für alle. Bayer bietet Abfindungen an. Diese reduzieren sich von April bis Dezember 2025 je Monat erheblich. Wie absurd, denn eigentlich wird ein Mietvertrag mit der Zeit wertvoller! Zehn Parteien sind in dieser Zeit ausgezogen, sogar Hochbetagte mit einem Vertrag von 1974. Gewerbemietverträge und Künstlerateliers wurden nicht verlängert, alle dort ansässigen Firmen erklären, dass sie bis Dezember ausziehen. Ein Wohnatelier wurde wegen angeblicher Untervermietung fristlos gekündigt. Für die



Die letzte Mietpartei der Tegeler Straße 4 ist kürzlich ausgezogen, jetzt wird bereits entkernt.

Kita sei eine Lösung gefunden worden, erklären Mieter*innen. Die Mietverträge sind die beste Garantie gegen den sinnlosen Abriss völlig intakter Wohnhäuser. Doch nicht jede*r ist in der Lage solchem Druck standzuhalten, auch wenn erheblicher Zweifel besteht, dass mit dieser (welcher?) Begründung Räumungsklagen vor Gericht Bestand haben könnten.

Die Firma Bayer setzt ihre Pläne gegen alle Widerstände durch. Das war beim Abriss der intakten Wohnhäuser Fennstr. 35-37 / Am Nordhafen 1 im Jahr 2016 genauso. 2010 war dort mit dem Plan eine schicke Firmenzentrale zu bauen, gekündigt worden. Diese Pläne wurden schon 2011 aufgegeben und dennoch fünf Jahre später der Abriss durchgeführt. Bis heute ist dort eine grüne Wiese. ☆

Ungleich vor dem Gesetz

Prozessbegleitung als solidarische Praxis.

Von: Courtwatch Berlin

Für Strafverfahren gilt in Deutschland der sogenannte Öffentlichkeitsgrundsatz. Das heißt, dass Gerichtsverhandlungen grundsätzlich für die Öffentlichkeit zugänglich sein sollen, um demokratische Kontrolle über staatliches Handeln zu ermöglichen. Doch was bedeutet es, wenn die Öffentlichkeit fernbleibt? In den meisten Sälen stehen Angeklagte allein dem übermächtigen Staatsapparat gegenüber. Hier gibt es eine disziplinierende Staatsanwaltschaft und einen richtenden Richterstuhl, und man ist konfrontiert mit juristischem Fachjargon und bürokratischen Abläufen. Pflichtverteidigung? Nur, wenn mindestens ein Jahr Haft droht. Für rund acht von zehn Angeklagten heißt das: kein anwaltlicher Beistand.

So weit, so normal. Doch wer darüber schon Unbehagen verspürt, sollte sich die Worte „beschleunigtes Verfahren“ merken. In den sogenannten Schnellgerichten zeigt sich das Justizsystem in seiner ungeschönsten Form: ein Ort, an dem die Behauptung, Strafen seien fair und könnten Menschen bessern oder schützen, an der Realität zerbricht. Das verdeutlicht ein Blick in den Gerichtsallday. Tempelhofer Damm 16, Berlin Tempelhof-Schöneberg, offiziell „Amtsgericht Tiergarten - Bereitschaftsgericht“ genannt: ein

70er-Jahre-Bau aus Glas und Metall, im selben Gebäude wie die Polizeiwache und die Gefangenenammelstelle. Der helle Eingangsbereich endet an der Sicherheitskontrolle zum linken Gebäudeflügel, dort, wo die Räume des Schnellgerichts beginnen. Auf dem Aushang: 11 Verfahren zwischen 9 und 12 Uhr, jeweils 10 bis 15 Minuten. Eine Besonderheit des Schnellgerichts? Vermeintliche Effizienz. Was das für die Berliner Justiz bedeutet? Keine Zeit für Einzelschicksale, kaum Zeit für Beweise, keinen Beistand und oft drastische Geldstrafen.

Mittwochmorgen. Zwei türkise „WE WATCH COURT“-Shirts passieren die Metalldetektoren. Justizbeamte durchsuchen Taschen, mustern uns misstrauisch, manche erkennen uns wieder. Wir warten, bis die ersten Personen in den Warteraum kommen. Nach einer kurzen Vorstellung fragen wir, ob die Personen wegen eines Verfahrens hier sind, sich vorbereitet fühlen und sie eine Verteidigung haben. Fast immer lautet die Antwort: „Nein, eine Verteidigung habe ich nicht.“ Dann fragen wir, ob

sie eine brauchen. Dank unseres Netzwerks haben wir fast immer eine Person vor Ort, die kurzfristig verteidigen kann. Denn Courtwatch Berlin ist Teil eines Bündnisses mit solidarischen Anwalt*innen in Berlin und dem Justice Collective e.V. ☆

Die Gespräche müssen schnell gehen. Je nach Situation teilen wir uns auf: Drinnen dokumentiert eine Person als Teil der interessierten Öffentlichkeit, draußen hört die andere zu und spricht weitere Betroffene an. Das lindert jedoch nur Symptome. Denn das Problem liegt tiefer als jeder Einzelfall. Was wir hier am Schnellgericht sehen, hat System: Im Minutentakt werden sogenannte Massendelikte verhandelt, vor allem Fahren ohne Fahrschein, geringfügige Diebstähle oder Verstöße gegen das Aufenthaltsgesetz. Diese Praxis kriminalisiert alltägliche Überlebensstrategien, bestraft Armut und Migration und trägt so dazu bei, bestehende gesellschaftliche Ungleichheiten zu zementieren.

Dagegen möchten wir kämpfen: Das Bündnis bietet Menschen, die von Kriminalisierung betroffen sind, Unterstützung im Schnellgericht an: sei es durch anwaltliche Vertretung, Rechtsberatung, solidarische Prozessbeobachtung oder Hilfe bei der Abbezahlung von Geldstrafen. ☆



Courtwatch Berlin ist eine abolitionistische Gruppe. Falls du uns unterstützen möchtest, melde dich bei uns per Mail unter cwbln@proton.me oder über Insta: @courtwatchberlin.

Frauen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus

ein Kiezspaziergang durch den Wedding.

Von: Enno

Der Wedding mit seiner gewaltvollen Geschichte während des Nationalsozialismus zeigt auch, in welchen Formen antifaschistischer Widerstand von Frauen geleistet wurde. Ein kleiner historischer Kiezspaziergang führt uns von Punkt 1 (Togostraße 78, Wohnort Ella Trebe) über Punkt 2 (Amsterdamer Straße 10, Wohnort von Elise und Otto Hampel) zu Punkt 3 (Malplaquetstraße 38, Wohnort Franziska Bereit) und endet an Punkt 4, dem jüdischen Krankenhaus (Heinz-Galinski-Straße 1). ☆



Bildquellen: Gedenkstätte Deutscher Widerstand und Privat Literatur: Sandvoß, Hans-Rainer (2003). Widerstand in Wedding und Gesundbrunnen. Berlin: Gedenkstätte deutscher Widerstand

„Sisterhood, das sind wir!“

Der Dokumentarfilm „SISTERQUEENS“ begleitet drei junge Rapperinnen aus dem Badstraßenkiez – mit viel Feminismus, Freundschaft und Wedding-Charme.

Von: Mila Padruaga

„Wir sind Feministinnen und wir stehen dazu!“ – so die eröffnende Botschaft der zehnjährigen Jamila, die den Ton für den gesamten Film angibt. Jamila sitzt im Jugendzentrum Mädea für Mädchen und junge FLINTA in der Grüntaler Straße. Hinter ihr eine Wand voller bunter Plakate und Malereien. Dann rappt gleich die 13-jährige Faseeha los: „Wieso ist Deutschland so reich und die Grenzen so ungleich? Dis- Diskriminiert!“ Und die zwölfjährige Rachel entlockt dem Publikum einen Lacher mit der Aussage, sie sähe sich selbst in Zukunft eher so als Gangster.

Clara Stella Hünekes Dokumentarfilm „SISTERQUEENS“ prämierte im März 2025 und erobert seitdem nicht nur die Herzen der Weddinger*innen, sondern läuft in ganz Deutschland. Ihr Film begleitet Jamila, Faseeha und Rachel drei Jahre lang. Er erzählt von ihrer Teilnahme an dem feministischen Rap-Projekt Sisterqueens, das der Verein Peira in Kooperation mit bekannten Rapperinnen wie Sister Fa, Ebow, Alice Dee und Haszcara startete. Außerdem geht

es um die Erfahrung, als junge migrantische Frau im Wedding aufzuwachsen und die politischen Krisen unserer Zeit kennenzulernen. Viele Szenen spielen im intimen Alltag der drei Protagonistinnen: von dem alles verändernden Einbruch der Corona-Pandemie über das Lästern über Jungs, bis hin zu unbeschwerter Gesprächen von Rachel mit ihrer weißen Mutter über Rassismus und was das Internet dazu sagt: Der Film nimmt uns auf die Reise mit.

Besonders die Mutter-Tochter Beziehungen sind dabei wichtig. Faseeha zeigt sich während Corona besorgt um die Gesundheit ihrer schon älteren Mutter. Und Jamila fragt ihre Mutter an mehreren Nachmittagen aus, sodass wir einen Einblick in die bewegte Jugend ihrer Mutter erhaschen können, die stets mit einem Augenzwinkern auf die Fragen eingeht. Auch die Freundschaft zwischen Rachel und Faseeha wird als innige Beziehung dargestellt und wir hören Gespräche über die Abwesenheit von Rachels Vater.

Ohne einen direkten moralischen Appell zu erheben, bleibt der Film durchweg politisch und stellt sich solidarisch auf die Seite der Mädchen. Beispielsweise als ein Besuch von Jamila und ihrer Mutter bei einer Palästina Demo damit endet, dass die Polizei Tränengas zündet: „Die Polizei könnte doch am Mikro sagen, dass Schluss ist, statt Tränengas zu zünden das klingt wie 'ne echte Bombe. Es

gibt auch Leute, die haben sowas in echt erlebt und Angst davor. Das war gerade sehr sinnlos von denen“, sagt Jamila danach.

Die Aufnahmen in der Doku lassen das Herz von Wedding-Liebhaber*innen höher schlagen: Im Hintergrund tauchen der „Euler“, der wichtigste Spielplatz der Nachbarschaft, die Zingster und die Buttmanstraße oder die Gesundbrunnen-Haltestelle auf. Das trägt zum Gefühl der Nähe bei. Bei einem Spaziergang durch die Badstraße stellt Jamila fest: „Rassismus, das fängt glaube ich schon bei den Tieren an, weißt du warum? Die weißen Tauben sind bei Hochzeiten, so romantisch. Und die braunen und schwarzen Tauben, die sind hier auf der Straße und fühlen sich, als ob die hier wohnen. Und die weißen Tauben sind ja nie hier.“

Bald begleiten wir die Mädchen bei ihrem ersten Auftritt. Nervosität, Vorfremde, danach aufgedrehte Stimmung und beflügelte Gespräche mit der Familie. Dann folgen die ersten Besuche im Musikstudio. Musik der Sisterqueens gibt es im Film natürlich auch zu hören. Die Texte sind bestärkend. Es geht um Freundschaft, Zusammenhalt oder soziale Gerechtigkeit. Da heißt es: „Wir sind eine Family, das ist unsre melody“ oder „Sisterhood – das sind wir. Wir sind eine Einheit. [...] Und streben nur nach Freiheit. Wer? Wir – Ich und die anderen. Loyalität ist bei uns Standard.“

Daher, neben der Doku eine unbedingte Empfehlung: Ihr könnt euch die Songs von den SISTERQUEENS anhören. Die Gruppe setzt sich aus vielen Mädchen zusammen, die schon mehrere Songs und Musikvideos veröffentlicht haben. Hört mal rein – es lohnt sich! ☆



Die Freundinnen Faseeha und Rachel bereiten sich auf einen Auftritt vor. Foto: Dropoutcinema

Läden in der Nachbarschaft

Soldiner Eck – Rund um die Uhr Bier und Gemeinschaft im Soldiner Kiez

Von: Stadtteilkomitee Wedding

Man kommt rein, es riecht nach Kippen und Bier. Im Hintergrund funkelt eine Lichterkette an einem Baum. Jessica bedient, Marco sitzt am Tresen und die beiden witzeln zusammen mit den anderen Stammgästen. Auf ein Bier in der letzten Berliner Eckkneipe im Soldiner Kiez.

Jessica, kommen hier öfter die gleichen Leute hin, oder siehst du immer neue Gesichter?

Jessica: Kommt drauf an, wir haben ja 24 Stunden auf. Tagsüber hast du die Stammgäste hier so bis 21 Uhr, danach ändert sich das Publikum. Da kommen mehr Studenten, um entspannt ein Bier zu trinken oder um vorzuglühen.

Was macht das Soldiner Eck für dich aus, Marco?

Marco: Ich komme seit 12 Jahren hier hin. Hier sind die Preise noch erschwinglich und man hat noch den richtigen Altberliner Flair. Die Stimmung ist einfach familiär. Es hat sich aber auch verändert. Früher konnte man die Leute an der Hand abzählen in der Kneipe. Da haben die Gäste noch mit dem Wirt Skat gekloppt.

Wieso hat es sich verändert?

Jessica: Naja, früher gab's mehr Stammgäste. Die sterben natürlich teilweise weg, aber auch finanziell ist es einfach schwierig geworden für viele. Da kann man es sich nicht mehr leisten, so oft in die Kneipe zu gehen. Die ganzen Krisen spürt man hier auch.



Die Kiezkeipe Soldiner-Eck

Hat sich der Kiez auch verändert?

Jessica: Ja, ich muss sagen, der Zusammenhalt ist nicht mehr so da. Ich als Weddingerin merke, dass alle irgendwie egoistischer geworden sind und man nicht mehr fragt „kann ich dir helfen“ und so.

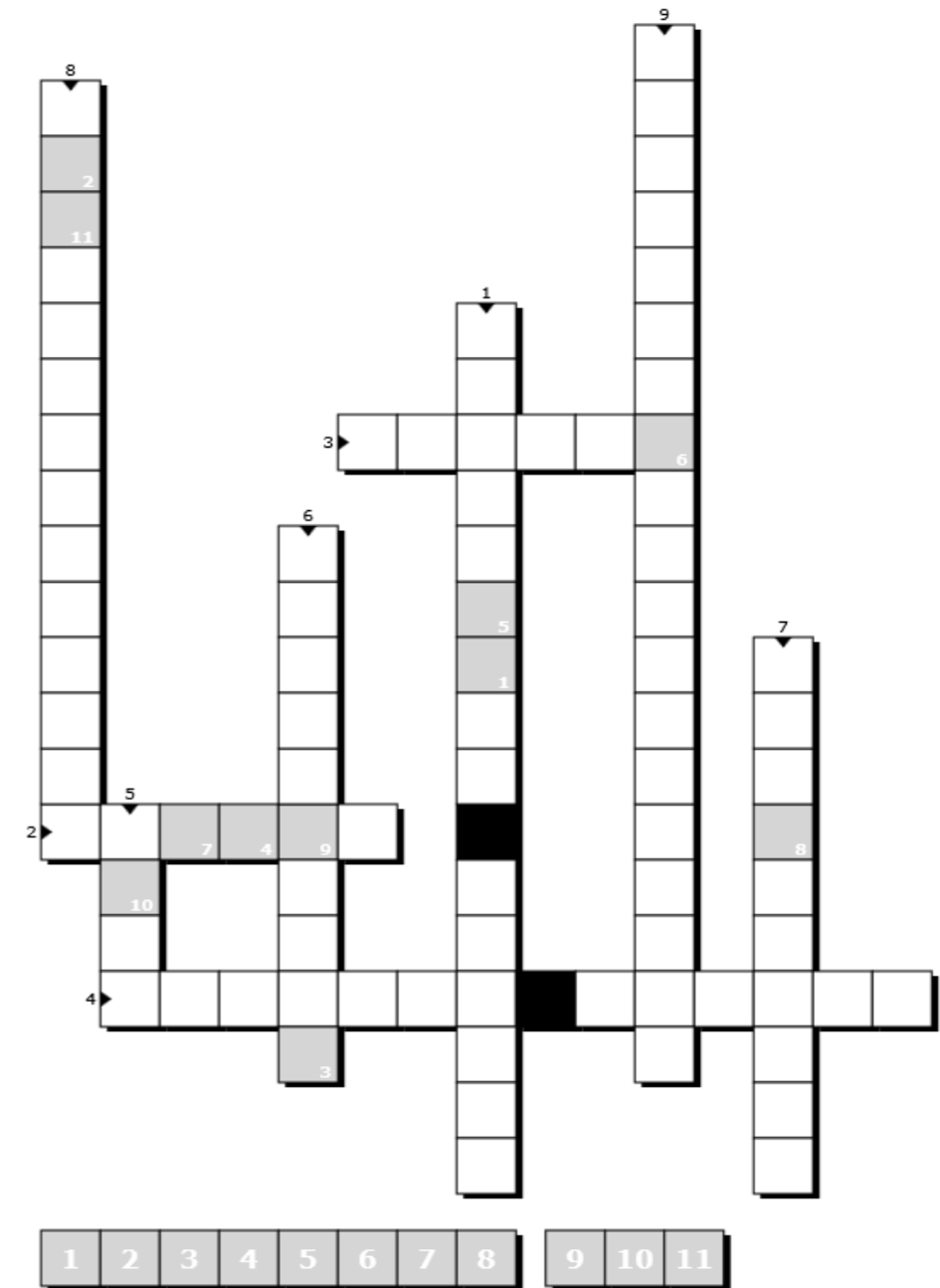
Marco: Und wo hast du noch Berliner Kneipen wie hier? Die haben nach Corona alle zugemacht. Wenn die Kneipe hier weg ist, ist der Kiez, was das angeht, wirklich tot.

Was wünschst du dir für den Kiez?

Jessica: Ich wünsche mir einfach, dass wir wieder mehr Rücksicht aufeinander nehmen und die Menschlichkeit wieder rauskommt. ☆

Soldiner Eck
Soldiner Str. 16 Berlin 13359
Öffnungszeiten: 24 Stunden geöffnet

Kreuzworträtsel

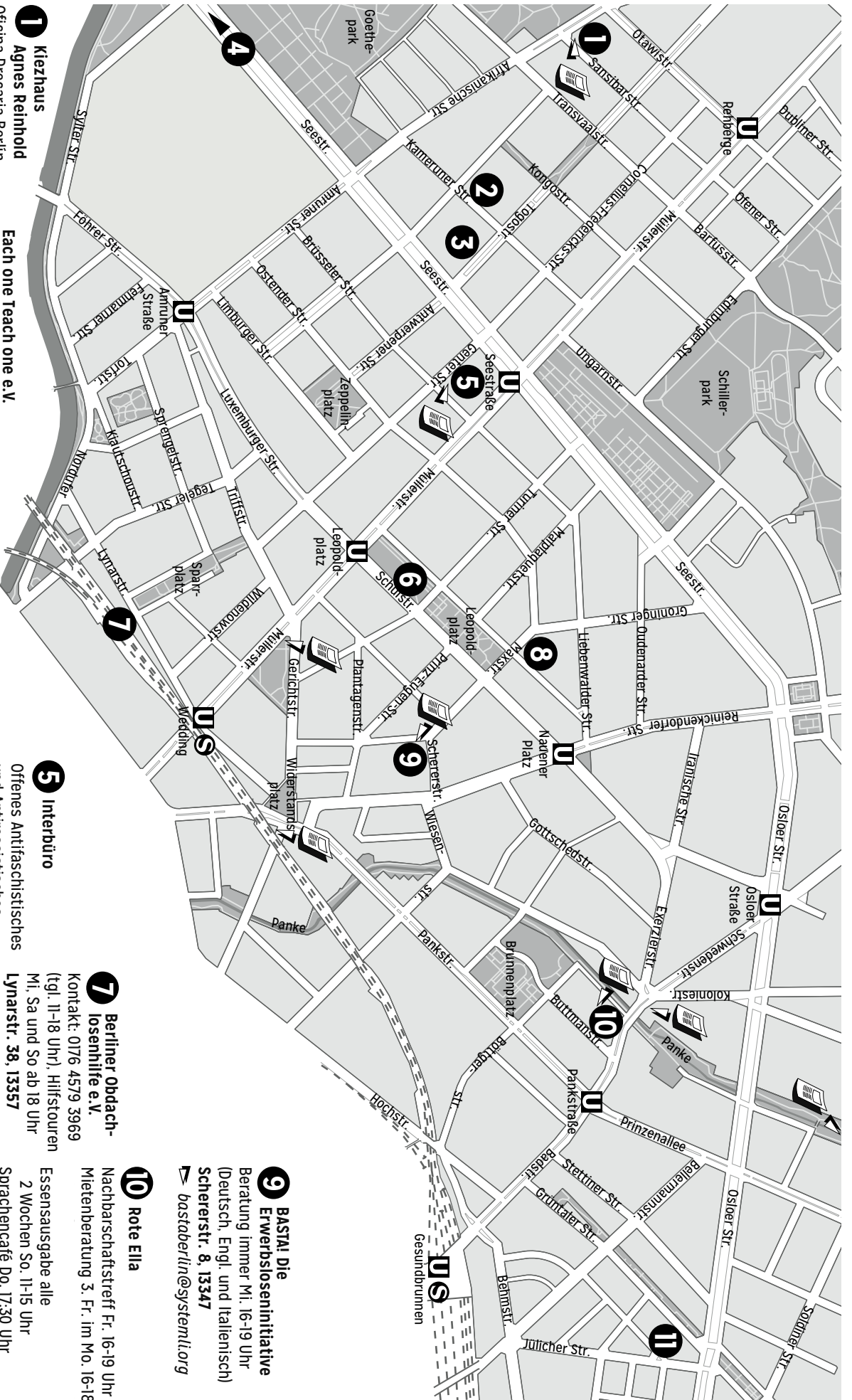


Fragen:

1. Wer wohnte in der Malplaquetstraße 38?
2. Wie heißt das Zentrum für junge Mädchen und Flinta im Soldiner Kiez?
3. Wie heißt der Treffpunkt der Miet- und Nachbarschaftsinitiative im Lehrter Kiez?
4. In welcher Straße kündigt Bayer gerade Mietwohnungen?
5. Wieviele Linien des öffentlichen Verkehrsnetz fahren an der U Osloer Straße?
6. Was sorgte für rote Verzierungen am Amtsgericht Wedding?
7. Welche Initiative beobachtet ehrenamtlich Gerichtsprozesse?
8. Aus welchem Genre ist der Film „SISTERQUEENS“?
9. Welchen Namen trägt der ehemalige Nettelbeckplatz inzwischen offiziell?

Die Lösung findet ihr in der nächsten Ausgabe!

Lösung letzte Ausgabe: SOMMERLICH



1 Kiezhaus
Agnes Reinhold
 Oficina Precaria Berlin
 Mo. 17:30-20 Uhr (español)
 Kiezküche Di. ab 18 Uhr
 Offenes Büro Do. 11-14 Uhr
 Suppen/Nachtschisch letzte Sa.
 im Monat 18-20 Uhr
 Elterncafé So. 15-18:00 Uhr
Afrikanische Str. 74, 13351
 ▶ www.kiezhaus.org

2 Each one Teach one e.V.
 Offene Antidiskriminierungs-
 beratung, Do. 16-18 Uhr und
3 Soziale Beratung für junge
 Menschen, Di 16-18 Uhr in der
Kameruner Str. 16, 13351
3 Bibliothek Di. u. Do. 14-18 Uhr
 in der **Togoststr. 76, 13351**
 ▶ eachone@eot-archiv.de

4 Reachout
 Beratungsstelle für Opfer rechter,
 rassistischer und antisemitischer
 Gewalt. 030 / 69 56 83 39
Beusselstr. 35, 10553
 ▶ info@reachoutberlin.de

5 Interbüro
 Offenes Antirassistisches
 und Antirassistisches
 Netzwerk Do 18:30-21 Uhr
Genter Straße 60, 13353
 ▶ www.interbuero.org

6 Essensausgabe
Leopoldplatz
 Berliner Obdachlosenhilfe
 Mi 18:15-19:45 Uhr

8 Café Cralle -
Feministisches
Kneipenkollektiv
 täglich ab 19 Uhr
Hochstädter
Str. 10a, 13347

7 Berliner Obdach-
losenhilfe e.V.
 Kontakt: 0176 4579 3969
 (vgl. 11-18 Uhr), Hilfstouren
 Mi, Sa und So ab 18 Uhr
Lynarstr. 38, 13357
 ▶ kontakt@berliner-obdachlosenhilfe.de

9 BASTA! Die
Erwerbsloseninitiative
 Beratung immer Mi. 16-19 Uhr
 (Deutsch, Engl. und Italienisch)
Schererstr. 8, 13347
 ▶ bastaberlin@systemli.org

10 Rote Ella
 Nachbarschaftstreff Fr. 16-19 Uhr
 Mietenberatung 3. Fr. im Mo. 16-18 Uhr
 Essensausgabe alle
 2 Wochen So. 11-15 Uhr
 Sprachencafé Do. 17:30 Uhr
Buttmanstr. 1a, 13357
 ▶ [gegenmacht.letztdakuelles](http://gegenmacht.letztdakuelles.de)

11 Freie Arbeiterinnen- und
Arbeiter-Union Berlin
 Offenes FAU-Lokal Fr. 17-20 Uhr
Grüntaler Str. 24, 13357
 ▶ www.berlin.fau.org



Hier findet ihr
 die PLUMPE

Ihr wollt die PLUMPE
 bei euch auslegen?

Meldet euch unter:
 ▶ plumpe@systemli.org